

KONSUMENTENSTIMME

Fakten, Zahlen und Hintergründe

Editorial



Felix Schneuwly, Head of Public Affairs

Manchen passt die politische Klimadebatte im Hinblick auf die Wahlen vom 20. Oktober, manchen weniger. Gfs-Gründer und Präsident **Claude Longchamp** erläutert auf Seite 4, warum die Klimadebatte im Wahlherbst oben aufschwingen und andere politische Herausforderungen wie das Rahmenabkommen mit der EU, die Gesundheitskosten oder die Migration dominieren wird.

Auf Seite 1 plädiert **Andreas Meyer**, Geschäftsleiter Minergie Schweiz, für einen Wechsel von der kurzfristigen Investitionskosten-Betrachtung zu einer Lebenszyklus-Betrachtung, wenn es um die Energiebilanz und den Komfort von Gebäuden geht. Ich wohne in einem vor 18 Jahren gebauten Minergie-Holzhaus und kann bestätigen, dass sich die Investition bisher gelohnt hat.

Eine differenzierte CO₂-Bilanz der verschiedenen Energieträger für Autos liefert **Christian Bach**, Abteilungsleiter Fahrzeugantriebssystem der Empa auf Seite 2. Er berücksichtigt auch die graue Energie, die für die Bereitstellung der Energie und die Herstellung der Fahrzeuge nötig ist.

Nach dem Motto, des einen Freud ist des andern Leid, zeigt **Oliver Oertli**, Founding & Managing Partner des Centers for Social and Sustainable Products, auf Seite 3 den Zusammenhang zwischen Klimaregulierung und den Renditen unserer Pensionskassen auf. Neue Anreize, Verbote und Gebote beeinflussen den Wettbewerb, den Wert von Unternehmen und unsere Altersrenten.

Mit schlanker Regulierung die Anreize richtig setzen, ist für mich die zentrale Herausforderung. Und weil jede Regulierung manche Geschäftsmodelle benachteiligt und andere bevorteilt, sind selbst überzeugte Regulierungskritiker ab und zu gerne bereit, unter dem Vorwand des Pragmatismus ihre Grundsätze über Bord zu werfen.

Energiebilanz

Klimaschutz konkret

Der Klimawandel wird zur grossen Herausforderung für die Schweizer Baubranche, denn Gebäude verursachen rund 40 Prozent der CO₂-Emissionen. Im Winterhalbjahr aufgrund der vielen Öl- und Gasheizungen sogar deutlich mehr. Gleichzeitig häufen sich im Sommer die Hitzetage.

Andreas Meyer Primavesi. Die Herausforderung liegt darin, gleichzeitig das Klima zu schützen und Antworten auf die Sommerhitze zu finden. Gebäude sollten also viel weniger Energie brauchen, kein CO₂ mehr ausstossen und auch im Sommer Komfort bieten. Die gute Nachricht ist: Wir wissen längst wie wir das realisieren können.

Es gilt, drei Dinge zu tun: Erstens hunderttausende von Öl- und Gasfeuerungen durch erneuerbare Energien ersetzen, zweitens die Energieeffizienz von Alt- und Neubauten erheblich erhöhen und drittens den sommerlichen Wärmeschutz verbessern. Technisch ist das problemlos machbar und auch gesellschaftlich tragbar. Und es ist wirtschaftlich, wenn man von einer kurzfristigen Investitionskosten-Betrachtung auf eine Lebenszyklus-Betrachtung umsteigt.

Was es aber braucht, ist eine bessere Orientierung. Die aktuellen Debatten verursachen einiges an Verunsicherung. Da werden Ängste vor Stromengpässen im Winter und hoher Abhängigkeit von Dreckstromimporten geschürt, weiterhin die Vorzüge von fossilen Brennstoffen gelobt, und auch in der AKW-Debatte scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen. Egal was kommt, eines ist sicher: Ein Haus, das mit Energie effizient umgeht, sich grösstenteils selbst mit erneuerbarer Energie versorgt und sowohl im Sommer als auch im Winter einen hohen Komfort bietet, wird in jedem Szenario seinen Wert erhalten.

Ein Lösungsansatz dazu ist, Neubauten im Minergie-A-Standard zu erstellen. Also hocheffi-

ziente Gebäude, die sich selbst mit erneuerbarer Energie versorgen und viermal höhere Anforderungen an den sommerlichen Wärmeschutz erfüllen als es die Norm verlangt. Gebäudehülle und Haustechnik schützen dabei gleichzeitig das Klima – und schützen die Nutzenden vor der Sommerhitze. Dieser Baustandard ist anspruchsvoll – aber bestens bekannt und in der Schweiz schon tausendfach erprobt.

Für die energetische Ertüchtigung des Gebäudebestands braucht es mehr Pragmatismus. Auch hier gibt es bewährte Lösungen – sei es für Verwaltungs- oder für Wohnbauten. Die Minergie-Systemerneuerungen sind eine Möglichkeit. Sie kombinieren realistische Vorgaben an die Gebäudehülle mit ganzjährig angenehmem Innenraumklima und weisen eine sehr gute CO₂-Bilanz auf. Eine der fünf Systemerneuerungen passt zu jedem Gebäude – mit einer Gebäudehülle in Neubauqualität bleiben sogar fossile Brennstoffe erlaubt.

Für einen konkreten Klimaschutz im Gebäudesektor wäre somit alles bereit. Aber ohne zusätzliche staatliche Anreize, wie Förderprogramme oder Lenkungsabgaben, und die öffentliche Wahrnehmung der Vorbildfunktion von Bund, Kantonen und Gemeinden sind die Klimaziele kaum mehr rechtzeitig zu erreichen. Womit als letzte Massnahme nur noch das Verbot von fossilen Heizungen bliebe, was viele Härtefälle verursachen würde. An sich unnötig, wenn wir jetzt alle zusammen unsere Verantwortung wahrnehmen und klimagerecht bauen.



«Klimaschutz und Schutz vor Sommerhitze gehen Hand in Hand.»

Andreas Meyer Primavesi,
Geschäftsleiter Minergie Schweiz



CO₂-Reduktionsziele: Wie weiter?

Trotz klarer Vorgaben zur CO₂-Reduktion bei Personewagen wird eine vergleichbare Emissionsminderung in der Realität wohl kaum erreicht werden. Verantwortlich dafür sind auch CO₂-Vorschriften selber, da sie nicht alle Emissionen berücksichtigen.



Christian Bach, Abteilungsleiter
Fahrzeugantriebssystem der Empa

«Aus wissenschaftlicher Sicht sind neue Bewertungsverfahren zwingend notwendig.»

Christian Bach. Mit einem Anteil von rund einem Drittel an den inländischen Emissionen ist der Strassenverkehr in der Schweiz der grösste Treibhausgas-Einzelemitter. Die Personewagen stellen mit einem Anteil von 70 Prozent das relevanteste Segment dar, gefolgt vom Strassengüterverkehr mit 20 Prozent. Durch die Übernahme der europäischen CO₂-Zulassungsgesetzgebung für Personen- und Lieferwagen in die Schweizerische CO₂-Gesetzgebung werden die relevantesten Fahrzeugsegmente adressiert. Für die neu inverkehrgesetzten Personewagen sieht diese eine Absenkung der CO₂-Normemissionen von heute 130 auf 95 g CO₂/km bis ins Jahr 2023 vor, was einer Reduktion um 25 Prozent entspricht. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass auch in der Realität eine CO₂-Absenkung in dieser Grössenordnung erzielt wird; dies aus folgenden Gründen: Erstens basieren die CO₂-Normemissionen ausschliesslich auf den direkten Auspuffemissionen ohne Berücksichtigung der Energiebereitstellungs- und der Fahrzeugherstellungsemissionen. Die neuen Antriebstechnologien weisen gegenüber konventionellen Benzin- und Dieselfahrzeugen diesbezüglich aber höhere Emissionen auf. Diese werden zwar grösstenteils nicht in der Schweiz emittiert, haben aber die gleiche Wirkung auf das (schweizerische) Klima, wie wenn sie in der Schweiz emittiert würden. Die Umstellung auf solche neue Antriebstechnologien bewirkt daher eine geringere Treibhausgasreduktion, als es die CO₂-Gesetzgebung vermuten lässt. Die EU-Kommission hat deshalb angekündigt, bis 2023 ein neues Bewertungsverfahren zu entwickeln, das alle Emissionen berücksichtigen soll. Da die gesetzlichen Weichen in der EU bis 2030 jedoch bereits gestellt sind, ist die Einführung voraussichtlich frühestens ab 2030 möglich. Aus wissenschaft-

licher Sicht ist das neue Bewertungsverfahren zwingend notwendig.

Zweitens zeigen Analysen zum Mobilitätsverhalten in der Schweiz, dass die 30 Prozent längsten Fahrten für 70 Prozent der Laufleistung verantwortlich sind. Die CO₂-Gesetzgebung berücksichtigt die Laufleistung der Fahrzeuge aber nicht. Werden nun primär Kurzstreckenfahrzeuge auf CO₂-arme Antriebskonzepte umgestellt, reduziert sich die Wirkung der CO₂-Zulassungsgesetzgebung weiter. Für eine effektive CO₂-Reduktion in der Realität bräuchte es weitere, spezifisch für Langstrecken Anwendungen taugliche und wirksame Massnahmen.

Drittens ist auch das Einsatzprofil der Fahrzeuge relevant. Untersuchungen von Agora Verkehrswende zeigen, dass Elektrofahrzeuge mit kleineren Batterien (Annahme: 24 kWh) im städtischen Einsatz im Vergleich zu Benzinfahrzeugen selbst unter Verwendung des deutschen Strommixes (Annahme: 420 gCO₂/kWh als Mittelwert von 2020–2030) deutlich sauberer sind, als mit 100 Prozent fossilem Benzin betriebene Fahrzeuge. Rechnet man in diesen Vergleich beim Elektroauto den schweizerischen Verbraucher-Strommix mit knapp 170 gCO₂/kWh und Gasfahrzeuge mit dem aktuellen Biogasanteil von 20 Prozent ein, so zeigt sich, dass das mit CH-Strom betriebene Elektrofahrzeug mit kleiner Batterie im städtischen Betrieb die klar CO₂-ärmste Antriebstechnologie darstellt.

Im Autobahnverkehr zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Für diesen Vergleich wurde von Agora ein Elektroauto mit grosser Batterie (60 kWh) mit einem Dieselfahrzeug verglichen. Durch die CO₂-Belastung der grossen Batterie bei der Herstellung und dem deutschen Strommix verliert das Elektroauto im Vergleich zum Dieselfahrzeug den CO₂-Vorteil. Das mit schwei-

zerischem Strommix betriebene Elektroauto verursacht deutlich weniger CO₂-Emissionen. Vergleicht man dieses aber mit einem Gasfahrzeug, das mit dem schweizerischen Gasmix (20 Prozent Biogas) betrieben wird, resultieren für beide Fahrzeuge ähnliche CO₂-Emissionen, obwohl die CO₂-Normemissionen sehr unterschiedlich sind.

Insgesamt bringt die regulatorische Fokussierung auf elektrische Antriebe die gewünschte Wirkung hinsichtlich einer CO₂-Minderung primär im Kurzstreckenverkehr und bei Fahrzeugen mit kleiner Batterie. Für die Minderung lokaler Schadstoffe und Lärmemissionen ist dies sehr sinnvoll. Für die CO₂-Emissionen ist dieser Bereich aber nicht besonders relevant. Zur Erreichung der schweizerischen CO₂-Reduktionsziele im Verkehrsbereich sind weitere Massnahmen notwendig, insbesondere solche, die im Langstreckenverkehr eine klare Wirkung entfalten.

Klimasünder: Die Schweiz le



Ökologischer Fussabdruck der Schweiz: Würden alle Menschen auf der Welt so viele Ressourcen verbrauchen wie wir, wären die Ressourcen von **2.9** Erden notwendig.

Datenstand: Juli 2019 | Quelle: BFS, UN, BAFU

Klimarisiken sind vorsorgerelevant

Klima- als auch ESG-(Environment, Social, Governance) Risiken spielen für die Veranlagungspolitik in der Vorsorge eine zunehmend wichtige Rolle.

«Klimarisiken können heute per Knopfdruck sichtbar gemacht werden.»



Oliver Oehri, CSSP & yourSRI

Oliver Oehri. Die Staatengemeinschaft hat sich im Übereinkommen von Paris 2015 drei Hauptziele gesetzt, darunter auch jenes, die allgemeinen Finanzflüsse klimaverträglich auszurichten und damit die Erwärmung deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Als Vertragspartei des Übereinkommens von Paris bekennt sich die Schweiz zu diesem Ziel. Aber auch in der EU ist viel in Bewegung. So tangiert die sogenannte ESG- (Environment, Social, Governance) Bewertung und die darin enthaltene Klimabewertung in der europäischen betriebliche Altersvorsorge Richtlinie (EbAV II) bereits seit Anfang des Jahres die betrieblichen Pensionskassen.

Klar ist, dass mit dem Pariser Klimaabkommen dem Verbrauch fossiler Energieträger konkrete Grenzen gesetzt werden: Ungefähr ein Drittel des Erdöls, die Hälfte des Erdgases und mehr als 80 Prozent der globalen Kohlereserven müssten im Boden belassen werden, um die

Ziele des Paris-Abkommens zu erreichen. Werden weltweit Massnahmen (beispielsweise eine CO₂-Abgabe) ergriffen, die den Verbrauch fossiler Energien einschränken oder direkt verteuern, können betroffene Firmen an Wert verlieren, was wiederum erhebliche Risiken für Investoren birgt. Mit klimaverträglichen Investitionsstrategien lassen sich bereits heute marktkonforme Renditen erzielen, so eine Studie von CSSP & Southpole Group, die vom Bundesamt für Umwelt in 2016 in Auftrag gegeben worden ist. Insbesondere das Rendite-Risiko-Verhältnis der klimafreundlichen Strategien erwies sich gegenüber den konventionellen Vergleichsindizes als besser.

Der Schweizer Vorsorgemarkt bereitet sich mittlerweile aktiv vor. So hat der Schweizerische Pensionskassenverband (ASIP) in seiner Fachmitteilung Nr. 116 (März 2019) auf die Relevanz von ESG-Risiken hingewiesen und entsprechende Leitfäden und Instrumente zur Verfügung

gestellt. Auch sind zahlreiche Pensionskassenbeispiele zu erwähnen, die bereits heute ihre ESG- & Klima-Vermögensbewertungen auf freiwilliger Basis veröffentlichen. Das von der Klima-Allianz in Auftrag gegebene Rechtsgutachten (Niederer Kraft Frey, 2018) zeigt des Weiteren, dass die treuhänderische Sorgfaltspflicht auch für Klimarisiken gilt. Abschliessend das jüngste Beispiel im Bundesrat vom 3. Juli, in welcher die Publica angehalten wird, ihre Vermögensanlagen regelmässig auf deren Klimaverträglichkeit zu überprüfen und zu publizieren.

Das digitale Zeitalter liefert mittlerweile praxistaugliche ESG- & Klima-Überprüfungssysteme für die Vermögensveranlagung. Die UN Environment mit Unterstützung des Staatsekretariats für internationale Finanzfragen und des Bundesamts für Umwelt hat in der Studie «Green Digital Finance – Mapping in Switzerland and beyond» zahlreiche Instrumente analysiert.

bt auf zu grossem Fuss

So setzt sich der Fussabdruck zusammen



73.9%	CO ₂ -Emission
13%	Ackerbau
6.1%	Waldwirtschaft
4.4%	Weidewirtschaft
2.6%	Fischerei, Siedlung

Verkehr verursacht am meisten CO₂



Verkehr (ohne Flugverkehr)

26%	Gebäude
23%	Industrie
19%	Landwirtschaft, Abfallbehandlung und Diverses

CO₂-Emission in Tonnen pro Person und Jahr



33.70	Katar
14.95	USA
6.57	China
4.53	Schweiz
3.83	Schweden
0.09	Niger

Klimawandel, ökologisch und politisch

Niemand weiss mit Gewissheit, was der Wahlherbst 2019 bringt. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber, wohin die Reise gehen könnte. Meine Prognose ist: Die ökologische Klimafrage wird das politische Herbstklima prägen. Wenn auch nicht alleine!

Claude Longchamp. Welches Thema wird die Wahlen 2019 massgeblich beeinflussen? Der Klimawandel? Das Rahmenabkommen mit der EU? Die Krankenkassenprämien? Die Rentenreform? Die Lohngleichheit, oder die Zuwanderung? Das sind sechs grosse Baustellen der Schweiz, die alle als Wahlkampf-Themen in Frage kommen.

Was sich durchsetzt, ist nie sicher. Der erste Grund sind die unterschiedlichen Prioritäten im Links/Rechts-Spektrum. Links dominiert der Klimawandel. Mitte/Links sind es die Gesundheitsfragen, Mitte/Rechts die Eurothematik, und rechts herrscht die Ausländerproblematik vor. Der zweite Grund ergibt sich aus den Vorteilen für die Parteien. Gut besetzt sind die Klimafrage und die Ausländerthematik. Ersteres hilft den Grünen, zweiteres der SVP. Alles andere ist weniger eindeutig.

Wenn ich dennoch die Klimafrage favorisiere, hat dies seinen Grund. Die Kommunikationswissenschaft kennt das Phänomen des «Meinungsklimas». Gemeint ist ein Thema, das im Dreieck zwischen politischer Aktualität, Medienaufmerksamkeit und Bürgerinteresse oben aufschwingt. Voraussetzungen sind ein wahrer Kern, eine ungewohnte Situation und eine öffentliche Ungewissheit. Denn das garantiert, dass ein Thema nicht einfach wieder verschwindet, sondern Anschlusskommunikation schafft.

«Der Klimawandel ist das wichtigste strategische Thema – nicht nur der Wahlen 2019.»

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler, VRP Gfs.bern, Dozent Uni Zürich und Bern



Das war auch bei den letzten Wahlen so: 2003 war es erstmals der Hitzesommer; 2007 der Komplott gegen Bundesrat Blocher; 2011 der Reaktorunfall in Fukushima und 2015, wie gesagt, die europäische Flüchtlingspolitik. Das alles war nicht ohne Folgen: 2003 legte Rotgrün zu. 2007 und 2015 gewann die SVP Wähleranteile, und 2011 traten mit der GLP und der BDP zwei neue Parteien auf den Plan, welche den Ausstieg aus der Kernenergie anschoben.

Die Klimafrage beherrscht seit dem WEF in Davos die Schweizer Öffentlichkeit. Statt Donald Trump kam Greta Thunberg. Und die scheue schwedische Umweltaktivistin trat da eine Welle politisch-medialer Diskussionen los. Die Schülerinnen und Schüler verstanden die Botschaft umgehend und begannen zu streiken. Eine neue, ganz junge Generation wird mobilisiert. Und sie politisiert die Generation der Eltern und Grosseltern.

Die kantonalen Wahlen im Frühjahr 2019 bestätigten die verbreitete Vermutung. Es gewannen

die grünen Parteien: die GPS flächendeckend, die GLP namentlich in Zürich. Der Schnellzug der FDP respektive der SP, bis 2018 in flotter Fahrt, geriet ins Stocken. Die Wahlerfolge der SVP waren nach Schwierigkeiten in der Romandie, auch in der deutschsprachigen Schweiz zu Ende.

Das alles hat eine demonstrative Botschaft: Der Klimawandel ist das wichtigste strategische Thema – nicht nur der Wahlen 2019. Es dürfte auch zum wichtigsten Streitthema der nächsten Legislatur werden. Ausweichen macht keinen Sinn!

Die Klimadebatte ist aber auch aus einem anderen Grund ein Warnzeichen für die Parteien: Erwartbare Sieger und Verlierer sind zu eindeutig verteilt, als dass es bei diesem Thema bleiben dürfte. Das SRG-Wahlbarometer gibt sogar Hinweise darauf, wo die grösste Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik zu finden ist. Denn bei allen Parteien liegt da das Problem der (steigenden) Krankenkassenprämien an erster Stelle. Das öffnet eine zweite Themen-Möglichkeit für die Wahlen 2019!

910'000'000'000

Das von den Pensionskassen in der Schweiz verwaltete Vermögen beträgt rund 910 Milliarden Franken.

COMPARIPEDIA

CO₂-Bilanz

Das Mass für den Gesamtbetrag aller Kohlenstoffdioxid-Emissionen wird CO₂-Bilanz oder auch Treibhausgasbilanz genannt. Alle Kohlenstoffdioxid-Emissionen, die direkt oder indirekt durch Aktivitäten von Produkten oder Personen entstehen, werden in Tonnen CO₂ ausgewiesen. Damit lässt sich der CO₂-Fussabdruck von Lebensmitteln ebenso berechnen, wie der von Fahrzeugen, einer Reise, von Haustieren oder Menschen. Die CO₂-Bilanz von Produkten und Dienstleistungen ist damit eine Grundlage für politische und wirtschaftliche Weichenstellungen beim Klimaschutz. Es gibt aber auch Kritik: Denn obwohl es einheitliche internationale Normen gibt, unterscheiden sich die Berechnungsmethoden. Zudem werden bei der CO₂-Bilanz weitere negative Auswirkungen eines Produkts oder einer Dienstleistung, wie zum Beispiel Ressourcenverbrauch oder Luftverschmutzung, nicht berücksichtigt.

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch,
Birmensdorferstrasse 108, 8003 Zürich
Design: comparis.ch
Übersetzung: comparis.ch
Druck: Linkgroup AG, Zürich
Reaktionen: media@comparis.ch
www.comparis.ch